



Keupers

kritischer

Kommentar

07-01-2019

Juli 2019

Klimawandel, Klimaschutz.

Das ist das große aktuelle heiß debattierte Thema der Zeit. Forderungen, Demonstrationen, politische Aussagen und Reden über dieses Thema sind an der Tagesordnung. Kein Tag an dem diese Probleme in den Medien nicht hochgejubelt werden. Energiegewinnung aus (Braun-)Kohle abschalten, wenn möglichst sofort, ohne Rücksicht auf die erforderliche Energieversorgung. (Beachte die heutigen Meldungen in den Medien, über Stromengpässe im vergangenen Monat, mit dem Titel: „Dreimal knapp am Blackout vorbei“!)

Aber auch die Forderung nach einer CO₂-Steuer auf individuellen Autoverkehr mit Diesel- oder Benzinantrieb und auch auf das Heizen der Gebäude mit fossiler Energie, ohne eine echte Alternative aufzuzeichnen, aber natürlich alles „sozialverträglich“! Von allen Seiten werden entsprechende Parolen verbreitet oder Forderungen erhoben, wie das Klimaschutzprogramm der Grünen vom 28.06., welche die Bundes- und Landesregierungen endlich zum Handeln zwingen sollen.

Wie die Ziele zum Klimaschutz aber letztendlich umgesetzt werden sollen und welche Folgerungen sich dabei ergeben, und wie diese bewältigt werden können, darüber schweigen die Akteure geflüstert. Wie zum Beispiel darüber, wie der Rentner, der sein vor 50 Jahren errichtetes Wohnhaus mit einer damals üblichen und modernen Ölheizung ausrüstete, diese auf erneuerbare Energie umbauen soll, wenn er wegen seines Alters und der begrenzten Einkünfte von den Banken keinen Kredit bekommt. Oder, wie der Arbeitnehmer, wohnhaft im ländlichen Raum, mit geringerem Einkommen, ein teures modernes E-Auto sich anschaffen soll, wenn die Einkünfte gerade so zum Leben ausreichen. Darüber machen sich die Forderer keine Gedanken, das ist nach ihrer Ansicht die Aufgabe der Regierenden. Auch wie der Soziale Wohnungsbau die Mehraufwendungen für die gemäß des neuen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ab 2021 erforderliche Gestaltung aller Gebäudeneubauten als Niedrigst- bzw. Passivenergiehäuser verkraften soll, ohne mietpreislich außerhalb der Möglichkeiten der Sozialschwächeren der Gesellschaft zu landen.

Kann erneuerbare Energie den zukünftigen Bedarf decken?

Außer den zuvor angeführten Nebeneffekten bei der Durchsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, ist auch die Frage zu klären, ob die regenerativen Energiequellen überhaupt in der Lage sind, den Energiebedarf von heute und vielmehr noch den Energiebedarf der Zukunft, wie zum Beispiel den der künftigen digitalen Evolution, zu decken.

Nach Vorstellungen von Energiefachleuten der Arbeitsgruppe Energiekonzept Südpfalz e.V., soll

bis 2040 ein Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung (technisch) möglich sein, wobei dann der Gesamtenergiebedarf der Bundesrepublik allein aus den erneuerbaren Energiequellen erfolgen soll. Dazu ist vorgesehen, dass laut einer Studie des Fraunhofer Institutes Freiburg die Energiegewinnung je zur Hälfte durch Fotovoltaikanlagen (20% Hausdachinstallation, 30% aufgeständerte Freiflächeninstallation) oder Windkraftanlagen (20% Offshore-, 30% Onshore-Anlagen) erfolgt.

Nach dem „Ausbaupfad bis 2040“ des Südpfälzer Gremiums, wurde für aufgeständerte PV-Freiflächenanlagen eine erforderliche Fläche von 6.444 qkm ermittelt, das ist eine Gesamtfläche von der 2,5-fachen Größe des Saarlandes!

Und für Offshoreanlagen vor der Küste wurden insgesamt 9001 Windräder in Ansatz gebracht, was etwa das 7,7-Fache der bis Juni 2018 dort installierten Windräder ist, (997 in der Nordsee und 172 in der Ostsee). Ob und wie diese große Menge von Windrädern in der nutzbaren deutschen Küstenmeer-Fläche von weniger als 56.500 qkm (Nordsee 41.000 qkm, Ostsee 15.500 qkm) unterzubringen sind, darüber fehlen entsprechende Angaben. Dabei ist zu beachten, dass insgesamt in dem deutschen Meeresgebiet etwa 45% der Fläche unter Schutz gestellt sind (in der Nordsee ca. 43% und in der Ostsee ca. 51%) und dort keine Offshoreanlagen möglich sind.

Bei Windrädern im Binnenland sollen bis 2040 insgesamt ca. 38.000 Windräder errichtet werden, andere Experten, wie zum Beispiel Dr.-Ing. Detlef Ahlborn, sprechen sogar von über 55.000 Windrädern. Das sind rund 9000 mehr an Windrädern, wie sie bis Ende 2018 installiert wurden, oder sogar fast das Doppelte! Wenn man diese große Anzahl von über 38.000 Windräder auf die landwirtschaftlich genutzten Acker- und Wiesenflächen schachbrettartig verteilt und noch 1/3 der Wald- und Gehölzflächen dazu rechnet, zusammen ca. 230.000 qkm, würde sich eine Fläche von weniger als 6.0 qkm pro Windrad ergeben, oder quasi ca. alle 2,46 km müsste mindestens ein Windrad in der Landschaft stehen. Damit würde der gesamte ländliche Raum durch Windkraftanlage so stark in einen industrialisierten Raum umgewandelt, dass das bisherige Flair des natürlichen Raumes verloren ginge, von entstehenden Umweltschäden durch Beeinträchtigung der Natur, wie zum Beispiel ein drohendes Artensterben von Tieren und Pflanzen ganz zu schweigen.

Damit ergibt sich aber, dass eine Lösung des Energiebedarfs allein durch PV- und Windkraftanlagen auf rein rechnerisch technischer Basis wohl planerisch möglich erscheint, ob es aber letztendlich sinnvoll ist und von den Menschen, insbesondere denen im sogenannten ländlich strukturierten Gebieten akzeptiert werden wird, muss stark bezweifelt werden.

Klimaveränderung macht quasi eine andere Lebensgestaltung erforderlich.

Es muss also darüber nachgedacht werden, mit welchen Maßnahmen die drohende Veränderung des Klimas verhindert oder zumindest verringert werden kann. Dazu gibt es die Variante, die Klimaveränderungen durch das Verhalten der Menschen zumindest äquivalent einzudämmen. Das bedeutet unter anderem, dass wir in den westlichen Industrieländern unsere jetzigen Lebensformen und -gewohnheiten so stark verändern bzw. einschränken müssen, dass dadurch der Ausstoß von Treibhausgasen so erheblich vermindert wird, dass dann eine technische Lösung mit entsprechendem geringem Aufwand und weniger Zerstörungspotenzial für die Natur einen gewissen Sinn macht.

Die Politik darf nicht weiterhin mit populistischen Aussagen auf der Klimawelle reiten, sie muss den Menschen im Lande sagen, was los ist, was erforderlich ist. Dass weniger Wohlstand die Parole der Zukunft sein muss, weniger teurere Mobilität, auch weniger exquisite Waren, die von weither angekarrt werden, sowie entsprechend geänderte Einkaufsmöglichkeiten. Auch mal wieder Urlaub, wie einst nur auf „Balkonia“, und nicht weite Reisen mit dem Auto oder dem Flieger. Aber auch

weniger Elektronik mittels Smartphone, Tablet und anderen elektronischen Geräten! Auch schnelle Datenverarbeitung und Robotronik benötigen Energie und sollten sparsamer genutzt werden. Haben wir nicht noch vor einigen Jahrzehnten gejubelt über Bilder mit rauchenden Schloten der Industrie, die uns Wachstum und Wohlstand garantierten? Das war offensichtlich eine falsche Einstellung, wir müssen quasi heute zurückrudern! Also weniger Wachstum, weniger Wohlstand! Ob diese Konsequenz denen bewusst ist, die heute für den Klimaschutz demonstrieren, ihn ohne Beachtung der notwendigen Konsequenzen einfordern?

Wir müssen uns aber diesen Konsequenzen stellen.

Konsequenzen, vor denen die Politik vorerst noch zurückschreckt. Denn wer dieses als Politiker so einfordern würde, würde wahrscheinlich gnadenlos von den Bürgerinnen und Bürgern bei der nächsten Wahl abgestraft werden, und das Gerede von angestrebter sozialer Verträglichkeit ist nur eine Vertuschung der drohenden Realität. Die Politik, die politischen Parteien aber auch die Bürgerinitiativen, Umweltverbände etc. müssen diese erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen erkennen und benennen und ggf. sich auf einen geringeren Klimaschutz einstellen, wie es die EU ja gerade praktiziert hat, und entsprechende Folgerungen beachten, insbesondere wenn man die Klimaschutzaktivitäten andere Länder berücksichtigt. Denn Deutschland, oder auch die EU allein rettet das Klima nicht! Das bedeutet, auf gewisse Klimaveränderungen sollten wir uns schon mal vorbereiten! Also weniger Wachstum, weniger Wohlstand und geänderte Klimabedingungen, das scheinen die Entwicklungen der Zukunft zu sein, was aber keineswegs weniger Lebensqualität bedeuten muss. Damit müssen wir uns aber dann auch auseinandersetzen, uns mit den Zukunftsentwicklungen befassen und verändert gestalten, und nicht nur populistische Parolen verkünden. In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 03. Juli 2019

Heinrich Keuper